



Regierungsratsbeschluss vom 01. November 2016

Interpellation Nr. 110 Andreas Ungricht betreffend Folgen einer eventuellen Übernahme der Unionsbürgerschaft in der Schweiz; schriftliche Beantwortung

P165475

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Dem Regierungsrat ist bekannt, dass die EU die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) fordert, während die Schweiz dies ablehnt. Der Regierungsrat teilt diese Einschätzung. Die Freizügigkeit sowie der Aufenthalt von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen richten sich derzeit nach der Freizügigkeitsrichtlinie, wobei darin kein besonderer Anreiz für die Attraktivität von Basel zu erkennen ist und eine prospektive Kürzung der Sozialleistungen nicht angezeigt ist.

